

Streng vertraulich!

Information Ende Mai 1968

Betrifft: Aufhebung des KPD-Verbots - Legalität der KPD

Ein Staatssekretär, der nicht nur in seinem Namen uns informierte, sondern ausdrücklich darauf aufmerksam machte, daß dies ein Wink einer einflußreichen Gruppe im Bund und der Länder sei:

Für eine Aufhebung des KPD-Verbots sei keine Basis vorhanden; keine Voraussetzung für eine Änderung des Grundgesetzes oder des Verfassungsgerichtsgesetzes. Weder die Regierung noch das Bundesverfassungsgericht könnten ihr Gesicht verlieren.

Entgegen aller vorherigen Auffassungen von Lücke, selbst einiger Einschränkungen nach der Saarbrücker Tagung der Landesinnenminister und Senatoren, seiner starren Haltung, wurden in Ulm die Weichen gestellt: Ihnen (KPD) wurde eine Eselsbrücke gebaut. Lücke und einige Scharfmacher der Innenminister der Länder mußten in Ulm folgendem zustimmen: Es gibt keine Einwände gegen Wiedergründung, Neugründung mit altem Namen, alten Mitgliedern, wobei es darauf ankäme, aus formalen Gründen das Grundgesetz anzuerkennen.

Der Staatssekretär erklärte, es sei uns ein Wink gegeben worden, die KPD sollte handeln, da sich die Lage schnell verschärfen könnte. Von Kräften der KPD in der Bundesrepublik sollte ein Programm ausgearbeitet werden ähnlichwie die Programme der KP Italiens und der KP Frankreichs, angewandt auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik. Ausdrücklich sollte verzichtet werden, daß Organe der illegalen Partei oder Mitglieder führender Organe der KPD, die namentlich bekannt sind, ein solches Programm vorlegen. Dieses sei leider nicht beachtet worden.

Der Staatssekretär erklärte, diese Taktik sei notwendig, um in aller Deutlichkeit den Scharfmachern, ewig Gestrigen jede Möglichkeit zu nehmen, das Verbotsurteil von Karlsruhe den Beschlüssen von Ulm entgegenzustellen.

Man sollte beachTEN, was ein neues Urteil betrifft, wenn es zur Annahme der Notstandsgesetze käme und ein Spannungsfall eintritt oder geschaffen wird, wird es sowieso alles anders stehen.

Gedächtnisprotokoll über eine Aussprache im Arbeitszimmer des Genossen Walter Ulbricht im Zentralkomitee am 5. Juli 1968

Anwesend von Seiten der SED: Walter Ulbricht, Paul Verner
von Seiten der KPD: Max Reimann, Erich Glückauf

Walter eröffnete das Gespräch und ersuchte Gen. Max darüber etwas zu sagen, wie der Kampf um die Legalität weitergehen soll. Max überreichte den Genossen Walter und Paul die Präambel für die notwendigen organisatorischen und politischen Maßnahmen zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei. Nachdem Genosse Walter dies gelesen hatte, betonte er sein Einverständnis, und schlug vor, lediglich den Punkt 3 zu verändern und zwar in folgender Richtung: Gegenwärtig bestehen zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, ein sozialistischer Staat deutscher Nation und ein kapitalistischer Staat deutscher Nation. Die Aufgabe bestehe darin, in der Bundesrepublik fortschrittliche, demokratische Verhältnisse durchzusetzen.

Nachdem Genosse Max den Vorschlag entwickelt hatte, in welchem Zeitablauf und mit welchen Methoden die Neukonstituierung der Partei vorbereitet werden sollte, und er dabei darauf hinwies, daß Willy Brandt bereit sei ein Gespräch mit ihm zu führen, erklärte Genosse Walter folgendes: "Ich schlage vor, daß Genosse Max das Gespräch mit Willy Brandt führt, nachdem einige Zeit vergangen ist - nach dem Stattfinden der Pressekonferenz." Am besten sei eine Woche nach dem Stattfinden der Pressekonferenz. Walter schlug vor, daß der Hauptinhalt des Gesprächs mit Willy Brandt darüber geführt werden sollte, was die SPD tun müßte, um aus der Regierung herauszukommen. Es müßte in diesem Gespräch von seiten Max der ganze Angriff gegen Strauß, Kiesinger, Schröder und Hassel gerichtet sein. Diese Leute müßte man loswerden. Strauß sei der Mann mit der ausgearbeiteten aggressiven

Konzeption, wie sie im "Entwurf über Europa" enthalten sei; Kiesinger, der Goebbels-Propagandist, gehöre auch zu den rechts-extremen Kräften, Schröder sei der Exponent für Atomrüstung in der Bundeswehr und Hassel repräsentiere die Revanchisten als Vertreter der Revanchistenorganisationen.

Walter schlug vor, im Schreiben von Max an Brandt ruhig auf das Gespräch anzuspielen, das dieser mit Abrassimow geführt habe, und in dem er gesagt habe, er sei mit einem Treffen mit Max Reimann einverstanden.

In bezug auf die vorbereitenden Maßnahmen zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei schlug Walter vor, daß die Diskussion über den gegenwärtig vorliegenden Entwurf eines Parteiprogramms weitergehen solle. Seiner Meinung nach brauche man vorläufig kein neues Programm für die neuzukonstituierende Partei. Wenn eine solche Frage gestellt wird, solle man ihr ausweichen und sagen, in allen Fragen sei der Parteitag autonom. Das betrifft nicht nur das Parteiprogramm, sondern auch die Politik und die neuzuwählende Parteiführung. Walter meinte, der Parteitag solle lediglich ein Manifest an die Bevölkerung beschließen und eine Programmkommission wählen.

Walter hält es nicht für zweckmäßig, daß alle Genossen der Führung auf dem Parteitag anwesend seien. Der illegale Apparat der Partei müsse aufrechterhalten bleiben. Dementsprechend kann auch ein Teil der Genossen nicht auf dem Parteitag anwesend sein.

Dann kam Max zu sprechen auf den Namen dieser neuzukonstituierenden Partei. Er erklärte, sein Standpunkt sei, den alten Namen der Partei beizubehalten, aber er sei auch bereit ein Kompromis einzugehen und nannte folgenden Namen "Deutsche Kommunistische Partei". Nach einigen Nachdenken erklärte Walter: "Damit kann man einverstanden sein." Paul Verner machte die gleiche Bemerkung.

Dann ging das Gespräch zu den kommenden Bundestagswahlen über. Walter erklärte, daß man jetzt vor allem begründen müsse, warum zu den kommenden Bundestagswahlen Kandidaten des demokratischen Fortschritts auftreten. Danach wäre es erforderlich, darzulegen, wie die gemeinsame Aufstellung von Kandidaten aller Gruppierungen, Kräfte und Organisationen des demokratischen Fortschritts erfolgen soll. Walter erklärte sich einverstanden mit dem Namen "Union des demokratischen Fortschritts".

Aus taktischen Gründen und um größeres Verständnis bei den Sozialdemokraten zu erreichen schlug Walter vor, in bestimmten Wahlkreisen, wo Sozialdemokraten kandidieren, die gegen die Notverordnung gestimmt haben, und für die Bildung einer Regierung demokratischer Kräfte unter Ausschluß von Strauß und Kiesinger seien, die gegen die weitere Rechtsentwicklung kämpfen wollen, auf Kandidaten der Union zu verzichten. Dabei betonte er, daß man dem Argument von Führern der SPD entgegentreten müsse, daß sie in der Regierung nicht gekonnt hätten wie sie wollten, mit der Aufforderung, muß man doch dafür sorgen, daß diese Kräfte wie Strauß, Kiesinger, Schröder Hassel aus der Regierung verschwinden. Es sei unbedingt erforderlich, gegen die Argumentation, daß die Führung der SPD mit ihrer Politik ein kleineres Übel sei, eine Gegenargumentation auszuarbeiten.

Walter legte dann dar, daß die SED in der ganzen Sommerperiode eine große Kampagne in Fragen der Abrüstung führen will entsprechend den Vorschlägen, wie sie die Sowjetregierung gemacht hat. Es ist erforderlich, in diesen Fragen der Abrüstung und vor allem auch des Atomsperrvertrages gegenüber der Bonner Regierung und auch den SPD-Führern zu taktieren, um so die Friedensdemagogie dieser Leute zu entlarven und sie in weitere Schwierigkeiten zu bringen.

Zum Abschluß des Gesprächs, an dem sich alle Genossen beteiligten, machte Genosse Walter noch folgende Bemerkungen:

1. Aufgelockerte Atmosphäre.
H. erinnerte an frühere Begegnungen mit Grete.
2. Frage von H.: Wollt Ihr wirklich die Legalität?
Ihr bisheriger Eindruck ist, wir wollen die Legalität nicht.
3. Bemerkung von E.: Es gibt ja wohl unterschiedliche Auffassungen unter den Kommunisten; es gibt auch andere, die nicht so starr sind. - Widerspruch unserer Gesprächsteilnehmer.
E. verwies auf Beratungen mit anderen Kommunisten, ohne sich deutlich auszudrücken.
4. H.: Aufhebung oder Wiederezulassung ist nicht möglich.
Auftreten von Kommunisten ohne Funktionsangabe ist möglich.
5. Nach Hinweis auf unsere Vorschläge zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes für Begrenzung von Parteienverboten und unsere anderen Vorstellungen, erklärte H, für diese Vorschläge gebe es keine Aussicht, dafür eine Mehrheit zu bekommen, auch nicht im Rechtsausschuss. Seiner Meinung sei der einzige Weg die Gründung einer Kommunistischen Partei. (Hier warf E. ein, Deutschland würde dann ja wohl sowieso wegfallen.)
H. erklärte weiter, die Gründung einer solchen Partei sei frei, stünde unter dem Schutz von Art. 21. Aber auch gegen diese Partei kann jederzeit ein Antrag auf Verbot bzw. Feststellung der Verfassungswidrigkeit gestellt werden.
6. Zu unserem Hinweis über die Ausweitung des sogenannten Nachfolgeparagrafen, vertrat H. zunächst die Meinung, das gebe es nicht.
Von E. wurde er informiert, dass diese Gefahr für jede sich neugründende Gruppe tatsächlich besteht, wenn auch nicht auf strafrechtlichem Wege, sondern durch ein Verbot eines Landesinnenministeriums oder des Bundesinnenministeriums.

7. Auf eine Frage von H. erklärte E., dass ein Gründungskomitee oder etwas Ähnliches nicht unter den Schutz von Art. 21, also Parteiprivileg fällt. Er fügte jedoch hinzu, die Zweckmäßigkeit so etwas zu tun, sei eine politische Frage.

H. machte folgenden Vorschlag, daß eine Gruppe an den Bundes- und Vizekanzler die Mitteilung macht: Wir haben vor, eine Kommunistische Partei zu gründen. Wir legen Entwurf Programm und Statut bei und fragen an, ob von obengenannter Seite dagegen Maßnahmen erhoben würden (mit neuen Programm-Entwurf).

8. Unsere Gesprächsteilnehmer, Bekenntnis zum Marxismus. Zustimmung von den beiden anderen.
9. H.: Programm-Entwurf müßte unter verfassungsmäßigen Gesichtspunkten geschrieben werden, damit es nicht beanstandet werden könnte.

Auf die Frage, um welche Beanstandungen es sich hauptsächlich handle, erklärte er: Hauptsächlich zum Problem der Diktatur des Proletariats; dazu sei längere Ausarbeitung bei ihnen vorhanden.

10. Frage: Ob R. kommt und evtl. vorhabe als Verhandlungspartner aufzutreten? Schwierigkeiten, wenn er Verhandlungspartner wird.
11. Wenn Verjährung unterbrochen, dann Haftbefehl ab Herbst aufgehoben; wenn nicht unterbrochen, dann liegt schon jetzt nicht mehr vor.

26. August 1968 / 2 Exemplare

Streng vertraulich!

Aufzeichnung über die Beratung von Delegationen
des ZK der KPdSU und der KPD am 11.7.1968 in Moskau

Die Beratung kam auf Wunsch des Politbüros des ZK der KPD zustande. Der Wunsch wurde von Genossen Max Reimann dem Genossen Podgorny anlässlich seines kurzen Besuches in der DDR (75. Geburtstag Walter Ulbrichts) und dem Genossen Abrassinow übermittelt. Bei der gewünschten Beratung ging es um eine Konsultation über die Konzeption und über die Maßnahmen zur Legalisierung unserer Partei. Vor Stattfinden der Beratung wurden dem ZK der KPdSU die entsprechenden, im Politbüro unserer Partei beschlossenen schriftlichen Unterlagen zugeleitet.

Am Nachmittag des 11.7.68 fand im Gebäude des ZK der KPdSU die Beratung, die etwa zwei Stunden dauerte, statt. Von seiten der KPdSU nahmen teil die Genossen Suslow, Ponomarjow, Beĭjakow, Motschalin und als Dolmetscher Genosse Viktor. Von seiten unserer Partei führten das Gespräch die Genossen Max Reimann, Max Schäfer und Herbert Mies.

Genosse Suslow teilte mit, daß sich Genosse Breshnew entschuldigen lasse, aus Gesundheitsgründen könne er an der Beratung nicht teilnehmen. Die Aussprache verlief in einer freundschaftlichen und sehr herzlichen Atmosphäre. Sie stand unter dem Eindruck auch der völligen Übereinstimmung mit der SED, dem Genossen Walter Ulbricht in allen Fragen des Kampfes um die Legalisierung der Partei.

Nach der Begrüßung durch Genossen Suslow, der sich namens der Parteiführung für das Vertrauen bedankte, das das ZK der KPD in allen Fragen, so auch im gewünschten Beratungsgegenstand der KPdSU entgegenbringe, leitete Max Reimann die Beratung ein.

In seinen einleitenden Ausführungen begründete Max Reimann allseitig die Notwendigkeit einer legalen kommunistischen Partei. Er analysierte die Situation im Kampf gegen das Verbot und für die Wieder-

Sie wünschten uns bei der Bewältigung der Aufgaben Erfolg.

Des weiteren informierte uns Genosse Suslow kurz über einige Fragen in der internationalen kommunistischen Bewegung (CSSR - die neueste Einschätzung haben wir bereits gelesen; Rumänien; Griechenland). Er versprach, bei der Vorbereitung des Gesprächs mit Brandt über Botschafter Abrassimow behilflich zu sein.

Es wurde ein Kommuniqué über die Begegnung vorgeschlagen, in dem auch Genosse Breshnew mit seiner nachträglichen Zustimmung als Gesprächsteilnehmer angeführt wurde (das Kommuniqué wurde veröffentlicht).

Nach der Behandlung des Treffens beider Delegationen im Politbüro des ZK der KPdSU wurde dem Genossen Reimann über den Genossen Abrassimow folgendes mitgeteilt:

Das Politbüro des ZK der KPdSU habe alle Fragen, die mit der Neukonstituierung einer legalen kommunistischen Partei verbunden sind, aufmerksam studiert. Nach seiner Meinung sei der Beschluß über die Legalisierung der Partei ohne jegliche prinzipielle Zugeständnisse richtig und zeitgemäß. Die Lage in der Bundesrepublik, insbesondere der Angriff der Reaktion, erfordere die Organisation aller Kräfte und deren Zusammenschluß.

Die Wiederherstellung der Legalität der kommunistischen Partei sei eine Unterstützung dieses notwendigen Prozesses. Der vorgesehene Schritt zur Schaffung einer legalen Partei solle auf keinen Fall einen Verzicht auf unsere ideologischen Positionen darstellen.

Bei der Veränderung des Programms solle man nur die erforderlichen Probleme behandeln und nicht über die jetzigen Ausführungen des Programms hinausgehen.

Die Erhaltung eines illegalen Apparats sei äußerst wichtig. Es sei nicht ausgeschlossen, daß auch die wiedererstandene Partei einmal ebenfalls verboten wird. Es sei notwendig, die Frage zu überlegen, ob die faktische Leitung der Partei nicht in den Händen der derzeitigen Leitung bleiben muß; denn der marxistisch-leninistische Kern der derzeitigen Leitung ver-

fügt über eine große Erfahrung in der politischen Arbeit.
Wenn es nötig sei, dann wäre das ZK der KPdSU bereit, bei der
Vorbereitung des Planes entsprechende Unterstützung zu geben.

Einer Begegnung Reimann-Brandt würde das ZK der KPdSU
positiv gegenüberstehen.

Für die Richtigkeit dieser Aufzeichnung
zeichnen:

Max R.

Max Sch.

Herbert M.

gen. Middelhaufe

Abschrift

Dr. Middelhaufe

4 Düsseldorf, den 25.7.1968

An
Frau Grete Thiele
56 Wuppertal-Elberfeld
Goebenstrasse 16

Sehr geehrte Frau Thiele!

Ich beziehe mich auf mein Schreiben vom 20.4. wegen des KPD-Programms. Der Herr Justizminister hat mir am 27.Mai unter 4021 E III B 4659 eine Antwort erteilt, die ich Ihnen auszugswise zukommen lasse.

Zunächst bezieht er sich auf das Ermittlungsverfahren gegen den Journalisten Max Schäfer (1 BJs 3/68 des Generalbundesanwalts) und auf den Beschluß des Bundesgerichtshofes vom 1.4.68 (1 BJs 3/68). Dann fährt er fort: "Gegen eine Diskussion des Programmentwurfs in einem geschlossenen Mitgliederkreis der ... bestehen aus strafrechtlicher Sicht keine Bedenken. Das Diskussionsergebnis kann nach meiner Ansicht auch veröffentlicht werden, sofern hierdurch nicht der wesentliche Inhalt des Programmentwurfs der Öffentlichkeit bekannt gegeben wird."

Ich meine, nach dem 1.8. d.J. entsteht eine neue Rechtslage insofern, als Zeitungen aus der DDR nach hier verbracht werden dürfen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in diesen Zeitungen auch Teile des KPD Programms veröffentlicht werden und damit der hiesigen Öffentlichkeit zugänglich sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Middelhaufe

Vom Bundesausschuß wurde beschlossen, daß als Argumentationshilfe für die Länder und Kreise Fragen und Antworten zu diesem Schritt in Form einer Broschüre ^{oder} eines Traktats so schnell wie möglich herausgegeben werden.

Gleichfalls werden vom Bundesausschuß 20 000 Bereitschaftserklärungen mit folgendem Text gedruckt:

"Ich erkenne die politische Erklärung des Bundesausschusses zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei an und bin bereit, Mitglied dieser Partei zu werden und sie politisch und materiell zu unterstützen."

Gezeichnet wird diese Erklärung mit Namen, Adresse, Beruf und Alter.

Diese Bereitschaftserklärungen sind dafür gedacht, vor allem auf der unteren Ebene für die neu ~~zu~~ konstituierte Partei zu werben.

Mit der Konstituierung der Partei über die Bildung von Ausschüssen wird sofort auf allen Ebenen begonnen. Für die Bildung der Landesausschüsse liegen schon folgende Termine fest:

29.9.	NRW, Bayern und Bremen;
30.9.	in Hamburg
zwischen d. 30.9. + 5.10.	an der Saar und in Schlesw. Holstein
4.10.	in Hessen und am
5.10.	in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen

Gleichlaufend damit werden sofort schon einige Kreis Ausschüsse wie zum Beispiel in Essen, Mannheim, Düsseldorf, Stuttgart usw. gebildet.

3. Die Vorbereitung und Durchführung der Pressekonferenz

Für die Durchführung der Pressekonferenz am 26.9. wurde ein Raum im 21. Stock des Hotel "Interkontinental" in Frankfurt am Main besorgt. Da auf der Einladung das Thema: "Erklärung des Bundesausschusses einer neukonstituierten Kommunistischen Partei" für die Pressekonferenz angegeben wurde, war ab Mittwoch früh offiziell den Presseorganen und damit auch der Exekutive in der Bundesrepublik bekannt, daß sich ein Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei gebildet hatte. Der Geschäftsführer erhielt einen Anruf (vom Verfassungsschutz), in dem er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es sich hier um eine Pressekonferenz für die verbotene KPD handelt. Daraufhin bekam der Geschäftsführer des Hotels Angst und trat von dem Vertrag zurück. Wir haben dann sofort ein neues Lokal gemietet, ohne es zu popularisieren. Als Anfragen kamen, haben wir sie verwiesen auf das Hotel Interkontinental, dort stehe ein Mann und werde sie weiterleiten zum neuen Ort der Pressekonferenz. Wir wollten damit vermeiden, daß auf den Besitzer des 2. Lokals Druck ausgeübt werden konnte.

Dann fand um 15.30 Uhr die Pressekonferenz in dem neuen Lokal statt. Zu dieser Pressekonferenz erschienen 116 Personen, alle Korrespondenten, die am Hotel Interkontinental anliefen, scheuten nicht die Mühe und kamen in das neue Lokal. Wahrscheinlich konnten nicht alle Teilnehmer der Pressekonferenz ermittelt werden, aber in die Anwesenheitsliste trugen sich folgende Zeitungen und Rundfunkstationen ein.

Die Agenturen:

Reuter
AP
APP
DPA
TASS
ADN
BFB
VISVEWS (USX)
UPI
PAP

PROTOKOLL

zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei.

Am Mittwoch, den 25. September 1968 haben 31 Kommunisten aus allen Ländern der Bundesrepublik Deutschlands, im Hotel Kanne in Frankfurt am Main, eine Kommunistische Partei neukonstituiert.

Als organisatorische Form wurde in Frankfurt a.M. zunächst ein Bundesausschuss der neukonstituierten Kommunistischen Partei gebildet, dem folgende Genossinnen und Genossen angehören:

Kurt Bachmann	Weiden bei Köln
Peter Dürrbeck	Misburg b. Hannover
Walter Ebert	Gras-Ellenbach
Emma Engelhardt	Schwarzenbach
Kurt Erlebach	Hamburg 22
Hermann Gautier	Bremen
Alfred Gecks	Düren
Otto Hans	Hildesheim
Bernd Hartmann	Köln
Hans Heisel	Frankfurt/Main
Werner Höner	Minden
Heinz G. Hornung	Pellbach
Erich Mayer	Hamburg 62
Jesef Mayer	Frankfurt/Main
Heinz Merkel	Saarbrücken
Dr. Dr. Hans Mertens	Grevenbroich
Ludwig Müller	Angermund
Hans Müller	Blankenstein / Ruhr
Karl-Heinz Noetzel	Essen-Bergeborbeck
Georg Polikeit	Oberhausen bei Offenbach
Inge Sbosny	Solingen
Theo Schoofs	Walterhofen
Fred Schmid	München
Willi Schwettmann	Essen-Kray
Manfred Steiger	Ludwigshafen
Ewald Stiefvater	Wedel/Holstein
Herbert Stiefvater	Nürnberg/Langwasser
Andreas Stöckel	München 13
Hannes Stütz	München
Gustav Trambowski	Misseldorf
Guido Zingerl	München 12

Der Bundesausschuss verabschiedete einstimmig eine politische Erklärung über Weg und Ziel der neukonstituierten Kommunistischen Partei. Als Name der Partei schlägt der Bundesausschuss

"DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI"

vor. Der Bundesausschuss wählte einstimmig einen Arbeitsausschuss. Dem Arbeitsausschuss gehören folgende Mitglieder des Bundesausschusses an :

Kurt Bachmann, Kurt Erlebach, Josef Mayer,
Ludwig Müller, Karl Heinz Noetzel

Auf der Frankfurter Tagung wurden 1752.- DM. zur finanziellen Unterstützung der Kommunistischen Partei gesammelt.

Frankfurt a.Main, den 25.September 1968

Unterschrift:

Anlagen:

1. Erklärung zur Neukonstituierung mit persönlichen Unterschriften der Mitglieder des Bundesausschusses.
2. Presseerklärung

*Einstimmig
angegenommen*

Berlin, den 4. Oktober 1968

70 20 00

71 - A/803/68 - Sp/Gn.

Lieber Genosse Albert!

Anbei überreiche ich Dir einige Auszüge aus unseren Überlegungen über bestimmte Schlußfolgerungen aus der Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei in Westdeutschland, darunter auch den von Dir gewünschten Passus über das Verhältnis von DKP und KPD.

In einem Gespräch, das ich heute mit Genossen Erich Honecker hatte, hat dieser nochmals sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es jetzt darauf ankommt, daß die neue Partei zu den wichtigen anstehenden politischen Fragen unverzüglich Stellung nimmt, u.s. z.B. zu dem neuen Programm der CDU, das zumindestens in seinen Grundzügen bereits durch die Presse bekanntgeworden ist. Außerdem hat Genosse Honecker vermißt, daß die führende Gruppe der neuen Partei zur Bundestagsdebatte, zu den Erklärungen von Kiesinger, den Reden besonders von Barzel und Helmut Schmitt Stellung genommen hat.

Es wird also sehr notwendig sein, den Genossen dringend eine ständige politische aktive Stellungnahme zu den aktuellen und anderen politischen Problemen anzuraten. Sicher wird sich die neue Partei sehr schnell bekannt machen können, wenn sie eine große Solidaritäts- und Verteidigungsaktion für die auf Anweisung des Innenministeriums und der Polizei vor Gericht gezerrten Studenten und jungen Arbeiter startet, die wegen ihrer Teilnahme an Anti-Springer und Antinotstandsdemonstrationen verhaftet und angeklagt worden sind. (Dabei könnte man unter Umständen einige provokatorisch auftretende anarchistische Elemente auslassen.) Auch sollte die neue Partei die Gelegenheit wahrnehmen, sich sofort bei den Bauern bekannt zu machen, indem sie zu der unerhörten Erklärung Stellung nimmt, daß noch eine Million Bauern zu viel in Westdeutschland sind.

Das sind nur einige Hinweise.

Mit sozialistischem Gruß

Man Franzenberg

Albort

- Arbeitsbüro -

Berlin, den 4. Oktober 1968
70 20 00
71 - A/803/68 - M/Sp/Gn. - 2 Ex
1. Exemplar/

Einige Probleme, die sich aus der Neukonstituierung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik ergeben

=====

- Eine der vordringlichsten und zugleich lebenswichtigen Aufgaben ist die organisatorische und kadermäßige Stärkung der Partei. Es muß gelingen, daß sie alle fortschrittlichen Kräfte vereinigt, daß sie insbesondere in der Arbeiterklasse Fuß faßt und daß ihr Wachsen in der Öffentlichkeit sichtbar wird.

In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, ob es gegenwärtig noch richtig ist, unzufriedene Sozialdemokraten aufzufordern, in der SPD zu bleiben? Es wäre zweckmäßig, diese Sozialdemokraten von der Partei aus anzusprechen und als Mitglieder zu gewinnen.

Bei der Stärkung der Partei ist das Statut eine entscheidende Waffe im Kampf gegen die imperialistischen Versuche zur ideologischen Diversion, zur Aufweichung und Liberalisierung in programmatischen Fragen sowie hinsichtlich der Angriffe auf den demokratischen Zentralismus.

Mit dem Statut muß erreicht werden, diese feindlichen Versuche weitgehend unwirksam zu machen und den demokratischen Zentralismus konsequent durchzusetzen.

- Zur Bündnispolitik und Wahltaktik:

Entscheidend ist, daß vom ersten Augenblick an der Bündnispolitik Aufmerksamkeit geschenkt wird. Zur DFU, zum demokratischen Bauernbund, zu den linken sozialdemokratischen Gruppierungen und zu den Friedensorganisationen müssen echte und weithin sichtbare Bündnisbeziehungen entstehen. Im Zusammenhang mit der Neukonstituierung der DKP sollte das Profil der DFU als fortschrittliche bürgerlich-demokratische Partei stärker sichtbar gemacht werden. Auf keinen Fall darf man Stimmungen Raum geben, wonach die Rolle der DFU negiert und damit das Ergebnis langjähriger Arbeit zunichte gemacht wird.

Was die Wahlen anbetrifft, so ist zu überlegen, ob sich die Partei nicht selbständig zum Wahlkampf rüsten sollte. Dabei könnten die in einigen Orten entstandenen Arbeitergruppierungen sich für die Unterstützung der DKP aussprechen. Ürtlich und von Fall zu Fall wäre zu entscheiden, wie weit sich diese Arbeitergruppierungen

enger mit der Partei verbinden. Entscheidend ist, daß mit anderen Kräften ein echtes Wahlbündnis mit politischen und sozialen Kräften zustande kommt, in welchem wirklich ein Kräftezuwachs erreicht wird.

- Ein wichtiges Problem ist das Verhältnis dieser jungen zur illegalen KPD. Das ist für die Öffentlichkeit, für den Kampf gegen den Feind, aber auch für die Sicherheit und Kampfkraft in den eigenen Reihen von großer Bedeutung.

Es müßte daher genügend deutlich gemacht werden: Die DKP ist die legale marxistisch-leninistische Kampfpartei der westdeutschen Arbeiterklasse, und daneben besteht die ~~KPD~~ als illegale marxistisch-leninistische Kampfpartei.

Die KPD muß bestehen bleiben, denn sie darf sich nicht selbst durch ihre Auflösung - wie das von einigen Genossen der KPD beabsichtigt war - zum Vollstrecker des Karlsruher Urteils machen. Der Kampf gegen das KPD-Verbot als Teil des Kampfes gegen die reaktionäre Bonner Innen- und Außenpolitik verlangt das Weiterbestehen der KPD. Das ist international bedeutsam. Das KPD-Verbot ist eine der tragenden Säulen der Bonner Expansionspolitik. Die Expansionspolitik steht mit all ihren Bestandteilen am Pranger. Durch eine Selbstauflösung der illegalen KPD würde sich der Kampf für die Aufhebung des Verbots in ein Schattenboxen verwandeln und damit objektiv den Kampf gegen den Rechtskurs des imperialistischen Systems schwächen. Außerdem würde eine Auflösung dem Gegner die Argumentation erleichtern, daß die DKP eine Nachfolgeorganisation der verbotenen Partei ist.

Schließlich könnte das Weiterbestehen der KPD dazu genutzt werden, für den Fall von Unterdrückungsmaßnahmen gegen die neukonstituierte Partei eine zweite Linie bereit und kampffähig zu halten; die Genossen dieser zweiten Linie sollten in der Öffentlichkeits- und Massenerarbeit als Kommunisten äußerst aktiv sein, jedoch in der Deutschen Kommunistischen Partei nicht in den Vordergrund treten.

Auszug aus dem Beschlußprotokoll des Sekretariats vom 14.11.1968

Zu Punkt 2 b) Vorbereitung der Vollsitzung

Zur Vorbereitung der nächsten Vollsitzung des Politbüros wird beschlossen, daß nachstehend aufgeführte Vorlagen ausarbeiten und zu unterbreiten sind.

Im Zusammenhang mit der +++:

- ✓ Entwurf des Aktionsprogramms der +++
Verantwortlich: Thomas, Rolf, Gerhard
- ✓ Entwurf des Statuts der +++
Verantwortlich: Albert, Kilian
- ✓ Fragen des Pressewesens im Zusammenhang mit der Konstituierung der +++
Verantwortlich: Thomas/ Uwe
- ✓ Die weitere Arbeit des Senders.
Verantwortlich: Thomas
- ✓ Festlegung der Verantwortungen in den Führungsorganen der +++.
Verantwortlich: Albert
- ✓ Umstrukturierung der Kommissionen.
Verantwortlich: Albert und verantwortliche PS-Mitglieder
- ✓ Regelung des Finanzwesens der +++
Verantwortlich: Albert
- ✓ Organisationsstruktur der +++.
Verantwortlich: Albert
- ✓ Künftiger Sitz des PV der +++
Verantwortlich: Albert
- ✓ Fragen der Kaderablagen der +++
Verantwortlich: Kilian

- Plan zur Vorbereitung des Parteitages und Terminvorschlag.
Verantwortlich: BA (durch Gerhard Übermittelt)
- Meinungäußerung der ZPKK, ob die +++ den PB-Beschluß von 1963 zur Frage der Parteimitgliedschaft Republikflüchtiger aufrechterhalten kann.
Verantwortlich: Kilian
- Festlegung der weiteren notwendigen Arbeiter in B. und damit im Zusammenhang stehende Fragen.
Verantwortlich: Albert

Weitere Vorlagen:

- Stand und weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Wahlbündnis.
Verantwortlich: Achim
- Beschluß zu "Wissen und Tat", "Freies Volk" und den Verteilerapparat.
Verantwortlich: Albert
- Planung des Schulungswesens.
Verantwortlich: Erwin
- Bestätigung der Vorschläge für den 6-Monatslehrgang in Moskau 1969.
Verantwortlich: Albert
- Vorlage zur Schaffung einer "Marxistischen Arbeiterbildung (Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus)"
Verantwortlich: Erwin
- Vorlage über die Bildung des Instituts für ^{III} Marxistische Studien und Forschungen.
Verantwortlich: Erwin

Verteiler:

Arnold, Albert, Lutz, Kilian, Abelage

Für die Tatsache, daß fast 1/3 Mitglieder noch nicht in der +++ sind, gibt es einige Erscheinungen, die schnell überwunden werden müssen:

- . Einige Kreisausschüsse unternehmen fast keine Anstrengungen, ältere Genossen in die +++ aufzunehmen.
- . Bei vielen Genossen gibt es Unsicherheit gegenüber der +++, ja, sogar Unglauben daran, ob diese Partei auch wirklich eine Partei des Marxismus-Leninismus sei. Einige stellen sogar die Behauptung auf, wir würden die Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus unterschätzen und die Partei dem Gegner ausliefern.
- . Offensichtlich gibt es aber auch einen nicht zu unterschätzenden Anteil von Genossen, die vor der legalen Arbeit zurückweichen und lieber in der Illegalität verharren möchten.

b) Annähernd 2000 neue, vor allem junge Menschen, sind Mitglieder unserer Partei geworden. Sie in der Partei zu halten, ist eine wichtige Aufgabe, die aber noch nicht gelöst ist.

Wir sollten nicht übersehen, daß nach wie vor unsere Gruppen überaltert sind und für junge Menschen nicht immer anziehend wirken, ja, einige davon sogar zutiefst enttäuscht sind.

Vor allem fehlt es noch an organisierten Parteileben, das auch für die jugendinteressanten Formen enthält und es fehlt noch an organisierter Bildungsarbeit.